



# Die Aufgaben nach der Krise

GASTKOMMENTAR VON HANNES ANDROSCH



*Österreich muss gewisse Aufgaben bewältigen, damit es in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht auch nach dieser Krise in einer neu geordneten Welt eine große Zukunft haben wird.*

Am Ende dieses Jahres wird die österreichische Wirtschaft – traut man den Prognosen – um dramatische vier Prozent geschrumpft sein. Erst dann könnte der Tiefpunkt der Krise erreicht sein. Wenn die Konjunkturprogramme endlich umgesetzt sind, die Banken wieder zu vertretbaren Bedingungen Firmenkredite vergeben, könnte sich langsam eine schwache wirtschaftliche Erholung einstellen. Mehr nicht. Wenn wir uns am Wirtschaftsniveau des Jahres 2008 orientieren, werden wir dort frühestens im Jahr 2013 anschließen können.

Das heißt aber, die Dramatik bleibt uns über das heurige Jahr hinaus erhalten: Die Zahl der Menschen, die in die Kurzarbeit gedrängt werden oder gar ihren Arbeitsplatz verlieren, wird weiter steigen. Nahezu täglich. Bei uns und weltweit. Es wird weiterhin eine steigende Anzahl von Firmen geben, die pleitegehen werden. Das heißt, es muss nach wie vor alles getan werden, um gegen die Krise anzukämpfen. Es kann nicht zu viel getan werden, um Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern. Den Menschen Arbeit zu schaffen bleibt die ganz große Herausforderung der Politik.

## Die demografische Zeitbombe

Auch wenn es scheint, dass uns nicht neuerlich eine große Depression droht, ist die Gefahr – so wie seinerzeit in Japan – einer anhaltenden Stagnation nicht vorbei. Das heißt, es droht uns noch immer ein verlorenes Jahrzehnt. Daher bleibt Wachsamkeit eine politische Notwendigkeit.

Die Angst, dass durch staatliche Konjunktur- und Stützungsprogramme eine starke inflationäre Entwicklung provoziert wird, ist unbegründet. Aufgrund der nur sehr langsamen Erholung der Wirtschaft, des stark gesunkenen Erdölpreises und des weltweit dramatisch gesunkenen Geldumlaufs wird in den nächsten Jahren kaum eine stärkere Inflation eintreten. Es besteht vielmehr Grund zur Sorge, dass es in vielen Bereichen zu einer Deflation, also zu sinkenden Preisen, kommt. Und gegen Deflation anzukämpfen ist schwieriger, als inflationäre Symptome wieder in den Griff zu bekommen.

Die Krise wird in den öffentlichen Haushalten und im Bereich der Sozialversiche-

rung tiefe Spuren hinterlassen. Allein heuer wird die zusätzliche Verschuldung des Bundes denselben Betrag wie in den elf Jahren von 1970 bis 1981 erreichen. Damals waren infolge massiver Erdölpreisschübe immerhin zwei Rezessionen zu bekämpfen.

Ein noch viel größeres Problem als die derzeitige Krisenbekämpfung droht unse-

rem Staatsbudget allerdings durch die zunehmende Überalterung der Bevölkerung. Unsere durchschnittliche Lebenserwartung steigt derzeit erfreulicherweise alle vier Jahre um ein weiteres Jahr an. Die Konsequenz daraus sind steigende Gesundheits- und Pflegekosten sowie Pensionskosten. Dieses Problem wird noch dadurch verschärft, dass wir noch immer in der Flucht in die Frühpension eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme und nicht eine Gefährdung des Pensionsystems sehen. Das ist gleichermaßen kurzfristig wie verantwortungslos. Wir zählen derzeit – bei 4,1 Millionen aktiven – 2,3 Millionen Pensionisten, davon 500.000 Frühpensionisten. In unserem Land tickt immer lauter eine demografische Zeitbombe, die dringend Maßnahmen zur Gegensteuerung im Interesse aller erfordert.

Gegen die Belastung unserer Staatsfinanzen durch die – notwendigen, aber zeitlich begrenzten – Konjunkturprogramme und die viel größere Bedrohung durch die demografische Zeitbombe mit der Forderung nach Steuererhöhungen ankämpfen zu wollen würde uns weiter in die Sackgasse locken.

## Potenzial in Verwaltungsreform

Wer seriös, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert über die Finanzierung der wachsenden Budgetlöcher nachdenken will, kommt um die Notwendigkeit einer grundlegenden und umfassenden Verwaltungsreform nicht herum. Nur dort liegt jenes enorme Finanzierungspotenzial, das zu heben die in Wahrheit unverzichtbare Voraussetzung zur Konsolidierung des Budgets ist.

Mehr noch: Dadurch würden auch jene Mittel frei werden, die wir dringend für Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur, Energie usw. bräuchten.

Die mit „Adiposität“ oftmals schamhaft umschriebene Fettsucht unserer Verwaltungsstrukturen lässt sich allein daraus erkennen, dass in der Schweiz auf 1000 Einwohner acht Beamte kommen, in Österreich jedoch 22. Überzogene und falsche Vorschriften blockieren oder verteuern bei uns sinnvolle wirtschaftliche Aktivitäten, was etwa im Energiebereich besonders augenfällig ist. Zudem zeigt sich, dass die Schweiz, deren Steuerbelastungsquote mit 30 Prozent gegenüber Österreich mit fast 43 Prozent deutlich niedriger ist, ein dichteres Autobahnnetz, eine bessere Eisenbahn, einen leistungsstärkeren Postdienst und eine wie-

der aktive Fluglinie aufweist und zudem weit mehr als wir für Bildung sowie für Universitäten und Forschung ausgibt.

Die in Österreich seit Jahren völlige Erstarrung im Bildungsbereich und der daraus resultierende übergroße Nachholbedarf wird durch die seit Wochen laufende, durch den standesrechtlichen Egoismus unerträgliche Schuldebatte neuerlich vor Augen geführt.

Die Blockierung einer Schulreform zwingt weiterhin so viele Frauen in Teilzeitbeschäftigung. Deswegen hilft auch eine noch so

hohe Familienförderung nicht, zu einer höheren Geburtenrate zu kommen. Vorschriftenchunzel, Überbürokratisierung und Reformverweigerung kosten Unsummen, die uns an allen Ecken und Kanten fehlen.

### Strukturschwächen bloßgelegt

Die derzeitige Krise legt aber auch viele Strukturschwächen nicht nur bei einzelnen Betrieben, sondern in ganzen Branchen und im öffentlichen Bereich bloß. Deren Beseitigung erfordert klare wirtschaftspolitische Zielvorgaben und tatkräftiges Handeln, da nur dann unser Wirtschaftsstandort gestärkt aus der Krise hervorgehen kann und dem Schrumpfen des Arbeitsmarktes mit seinen unerträglichen Verlusten von Arbeitsplätzen wirkungsvoll gegengesteuert werden kann. Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, dass wir uns eine „Vollkaskogesellschaft“ zum Nulltarif leisten können.

Entsprechend den tatsächlichen politischen Herausforderungen der Zeit sollte daher der mancherorts um sich greifenden Popularitätshascherei und den von Kurzsichtigkeit bestimmten Alibihandlungen eine Themenliste der Ernsthaftigkeit entgegengestellt werden. Eine solche Liste sollte meines Erachtens unbedingt umfassen: die zügige Inangriffnahme einer tiefgreifenden Verwaltungsreform, denn nur dort ist jenes finanzielle wie strukturelle Potenzial vorhanden, das es erlaubt, die nach der Überwindung der Wirtschaftskrise notwendige Gesundung des Budgets sowie die Modernisierung des Landes erfolgreich voranzutreiben.

Es ist für die Zukunft des Landes unbedingt notwendig, über eine solche Verwaltungsreform zu einer dynamischeren Innovationstätigkeit sowie eines Modernisierungs-, Effizienz- und Reformschubs im Verwaltungssektor im Allgemeinen und im Gesundheitsbereich und im Schulwesen im Besonderen zu kommen. Die Belohnung für eine solche Anstrengung läge in einer besseren Qualifikation unserer Jugend, einer Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit und einer allgemeinen Modernisierung.

### Ausbau der Wasserkraft

Ein Gebot der Stunde ist im Interesse unserer Energiesicherheit und der Verringerung der Umweltbelastung auch der rasche Ausbau unseres brachliegenden Wasserkraftpotenzials anstelle der Errichtung von zusätzlichen kalorischen Kraftwerken bzw. dem zunehmenden Import von Atomstrom.

Darüber hinaus ist auch die Steigerung unserer Energieeffizienz etwa durch die thermische Sanierung des Althausbestands zu forcieren.

Von der Bewältigung dieser Aufgaben wird es abhängen, ob Österreich in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht nicht nur eine große Vergangenheit hatte, sondern auch nach dieser Krise in einer neu geordneten Welt eine große Zukunft haben wird.

---

**Dr. Hannes Androsch** ist Chef von AIC Androsch International und war langjähriger SPÖ-Finanzminister.

---



[meinung@diepresse.com](mailto:meinung@diepresse.com)



